

2.2. Die Sozialisierungsdebatte vom 4. bis 6. März 1947 im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Zu der Landtagssitzung vom 4. bis 6. März 1947 hatten sämtliche Landtagsfraktionen Anträge eingebracht, die sich mit der Neuordnung der Montanindustrie beschäftigten.

Die SPD hatte den „Dringlichkeitsantrag betreffs Überführung der Kohle-, Eisen- und Stahlwirtschaft in Gemeineigentum“¹ sowie den Antrag zu einem „Gesetz über eine Volksbefragung wegen Überführung der Kohlenwirtschaft, der eisen- und stahlschaffenden Schwerindustrie und der Großchemie in Gemeineigentum“² vorgelegt. Der erste sozialdemokratische Antrag stellte einen Appell an die Landesregierung dar, „in Zusammenarbeit mit den anderen in Betracht kommenden Stellen die zur Durchführung dieses Beschlusses notwendigen Schritte unverzüglich in die Wege zu leiten“³. Dabei war es angestrebtes Ziel, die von der britischen Militärregierung beschlagnahmten Industrien einer deutschen Treuhandverwaltung zu übergeben. Nur so sei es möglich, eine auf parlamentarisch-demokratischem Weg beschlossene Sozialisierung durchzuführen. Eine direkte Übergabe an die Belegschaften der Montanindustrie sei abzulehnen, stattdessen sollten Betriebsrat und Gewerkschaften an der Wirtschaftsführung beteiligt werden.⁴

Die gemeinwirtschaftliche Leitung der Betriebe sollte von Organen des Staates und Vertretern anderer Industrien - die auch gemeinwirtschaftlich organisiert sein sollten – übernommen werden.

Um die Rechte der Arbeiter zu wahren, sollten neben den obengenannten Anteilseignern die Gewerkschaften die gleiche Anzahl an Aktien und Stimmrechten erhalten.

Gewählte Belegschaftsvertreter sollten an Stelle der Gewerkschaften das Aktienstimmrecht übernehmen. Zur Begründung des Antrages brachte die SPD-Fraktion vor, der Sinn der Sozialisierung sei weniger „(...) im unmittelbaren materiellen Vorteil für die Arbeiterschaft“ zu sehen, als vielmehr „(...) im ideellen Vorteil, insbesondere in der Herbeiführung einer verantwortlichen Mitarbeit und Mitbestimmung“.⁵

Hygienische und soziale Einrichtungen seien wichtiger als die Beteiligung der Arbeitnehmer am Betriebsertrag. Zu diesem Zweck sollten sich in den sozialisierten Betrieben ein „sozialwirtschaftlicher Direktor“ und die sozialen Belange der Arbeitnehmer

¹ Landtagsdrucksachen für Nordrhein-Westfalen, Ernennungsperiode, Dokument I-73, S. 25; im Folgenden als „Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument-Nr.“ aufgeführt.

² Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument I-96, S. 30 f. „Gesetz über eine Volksbefragung im Lande Nordrhein-Westfalen wegen der Überführung der Kohlenwirtschaft, der eisen- und stahlschaffenden Schwerindustrie und der Großchemie in Gemeineigentum“.

³ Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument I-73, S. 25.

⁴ vgl. auch Gurland, 1981, S. 297.

⁵ Stenografischer Bericht über die 5.Vollversammlung des Landtages Nordrhein-Westfalen vom 4. März 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 14 ff.

kümmern.⁶ Fritz Henssler führte weiterhin in seiner Begründung des SPD-Antrages aus, die SPD verfolge diese Maßnahme, weil im Sozialismus die Arbeitskraft des Menschen „das wertvollste Gut der Volkswirtschaft sei“⁷.

Neben diesem Antrag brachte die SPD einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem sie ein „Gesetz über eine Volksbefragung im Lande Nordrhein-Westfalen wegen der Überführung der Kohlenwirtschaft, der eisen- und stahlschaffenden Schwerindustrie und der Großchemie in Gemeineigentum“ forderte. Dieses Volksbegehren sollte gemeinsam mit der Landtagswahl am 20. April 1947 durchgeführt werden.⁸ Der Abgeordnete Fritz Henssler führte dazu vor dem Landtag aus, die SPD habe bewusst auf einen Gesetzentwurf zur Sozialisierung verzichtet, weil sie von der gegebenen Rechtslage ausgehe. Konkrete Sozialisierungsbeschlüsse könnten nur dann gefasst werden, wenn auch die Verfügungsgewalt über die zu sozialisierenden Industrien bestünde. Die Forderung nach Sozialisierung der Grundindustrien stelle eine politische Garantieverpflichtung darüber dar, „dass die Wirtschaft künftig ausschließlich nur dem friedlichen Aufbau dienen soll“⁹. Zugleich wende sich der Antrag der SPD gegen die, wie Henssler formulierte, Patent-Deutschen, die sich wirtschaftlich an die USA binden wollten. Die Aufforderung an die Militärregierung, die beschlagnahmte Industrie deutschen Händen zurückzugeben, bedeute quasi eine Gleichstellung Deutschlands mit den Staaten Europas.¹⁰ Zugleich bedeute die Annahme des Antrages und seine Durchführung durch die britische Militärregierung die Anerkennung des deutschen Volkes als gleichberechtigtes, mündiges Volk.¹¹

Neben der SPD hatte auch die FDP zwei Gesetzesentwürfe eingebracht, von denen sich der eine mit der Einrichtung einer Selbstverwaltung „Bergbauverwaltung Aachen-Rhein-Ruhr“¹² beschäftigte. Der zweite Antrag befasste sich mit der Einsetzung einer Treuhänderschaft im Bergbau.¹³

In der Begründung zu den beiden Anträgen stellte der FDP-Abgeordnete Blücher fest, dass die FDP von dem Prinzip geleitet worden sei, dass Eigentum zu sozialem Handeln verpflichte, „das der Gemeinschaft nicht schadet, sondern zum allgemeinen Nutzen beiträgt“¹⁴. Die von der FDP angestrebte Treuhandverwaltung im Bergbau habe die Aufgabe,

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

⁸ Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument Nr. I-96, S. 30f.

⁹ Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. April 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 14.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. April 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 15.

¹² Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument Nr. I-117, S. 38ff. „Gesetz über die Selbstverwaltung des Kohlenbergbaus“.

¹³ Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument Nr. I-118, S. 40. „Gesetz betreffend die Einsetzung einer Treuhänderschaft im Kohlenbergbau“.

¹⁴ Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. April 1947, S. 22.

die Verwaltung der Eigentumsrechte an allen Betrieben zu übernehmen, die zur Bergbauindustrie gehören. Durch die Treuhänderschaft sei es möglich, die Betriebe, die entflochten werden sollen, auf ihren Anteil an Zechenbesitz hin zu untersuchen. Es sei dann – nach Freigabe des Bergbaueigentums durch die britische Militärregierung – Sache des Landtages, festzustellen, welche Anlagen und Betriebe aus den ehemaligen Konzernen herausgelöst werden sollen.

Der vorgelegte Antrag sei ein praktischer Vorschlag zur sofortigen Einleitung der Entflechtung der Großbetriebe im Bergbau. Er trage dazu bei, die angesichts der Energieversorgungskrise notwendigen hohen Leistungen zu ermöglichen. Aufgabe der zu schaffenden Treuhand sollte es sein, „jede Entwicklung zur Bildung von privaten oder staatlichen Monopolen zu unterbinden, bestehende Monopolgebilde zu entflechten und konzernabhängigen Betrieben wieder eine selbständige Entwicklung zu ermöglichen“. Dem Treuhänder sollten die Eigentumsrechte der Großkonzerne übergeben werden, deren Entflechtung nach vorheriger Untersuchung des Treuhänders mit der Erlaubnis der Militärregierung vom Landtag betrieben werden soll.¹⁵ Blücher führte dazu weiter aus, dass die Rückführung der Großkonzerne auf eine überschaubare Größe sich positiv auf das Verhältnis Arbeitgeber und Arbeitnehmer auswirke, was wiederum die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer fördern werde.¹⁶

Der Antrag der FDP-Fraktion betreffs Einrichtung einer Selbstverwaltung „Bergbauverwaltung Aachen-Rhein-Ruhr“ sah als die Aufgabe der Selbstverwaltung vor, für Produktionssteigerung und Rationalisierung innerhalb der Grundindustrien zu sorgen. A. R. L. Gurland beschreibt die angestrebte Industrieform als „eine Art Zwangskartell“, bei dem die paritätische Mitbestimmung der Betriebsräte bei der Betriebsleitung realisiert werden sollte.¹⁷

Schon am 7. März 1947 berichteten „Rhein-Ruhr-Zeitung“¹⁸ und der „Neue Westfälische Kurier“¹⁹, beides dem Zentrum nahestehende Blätter, über die Landtagssitzung vom 4. bis 6. März.

Der „Neue Westfälische Kurier“ brachte entgegen den journalistischen Gepflogenheiten den Kommentar zur Sozialisierungsdebatte auf der ersten Seite, während der Bericht über die Debatte auf der zweiten Seite zu lesen war.

¹⁵ Landtagsdrucksachen, Ernennungsperiode, Dokument Nr. I-118, §2.

¹⁶ Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. April 1947, S. 23.

¹⁷ Gurland, 1981, S. 296; vgl. auch Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. April 1947, S. 23.

¹⁸ „Die Wirtschaftsform entscheidet über den Wirtschaftsaufbau. Johannes Brockmann im Landtag über die Frage der Sozialisierung“, in: „Rhein-Ruhr-Zeitung“ vom 7. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1; siehe zur Rede Johannes Brockmanns vor dem Landtag auch: Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. April 1947, S. 36ff.

¹⁹ „Die Stimme des Zentrums im Landtag. Sozialisierung der Großbetriebe: ja! – aber niemals Klein- und Mittelbetriebe“, in: „Neuer Westfälischer Kurier“ vom 7. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

Im Kommentar wird unter der Schlagzeile „Statt Sozialisierung bloße Neuordnung“ die Annahme der Anträge der CDU als Pyrrhussieg bezeichnet, da sie mit der Hilfe der FDP zustande gekommen sei. Der Kommentator stellt fest, dass ausgerechnet in der Frage der Sozialisierung die FDP, die eine liberale Wirtschaftspolitik verfolge, für die Annahme der auf den Grundsätzen des Ahlener Wirtschaftsprogramms beruhenden CDU-Anträge gestimmt habe: „Mit Hilfe der FDP hat die CDU gestern im Landtag einen parlamentarischen Sieg errungen und weil sie ihn mit Hilfe der FDP errungen hat, ist es ein Pyrrhussieg.“ Das Zusammengehen von FDP und CDU, stellt der Verfasser des Kommentars fest, sei weder den Liberalen noch dem Gewerkschaftsflügel der CDU recht, da beide einander entgegengesetzte wirtschaftspolitische Maßnahmen verfolgten. Kritisiert wird in diesem Kommentar auch die Tatsache, dass sich die Landesregierung mit der Überarbeitung der Anträge befassen soll, und es dabei nicht dem Landtag selbst gelungen sei, in gemeinsamer Arbeit einen Kompromiss zu erarbeiten, zumal der Landtag als Vertretung des Volkes dazu ausdrücklich berufen sei: „Nicht die Regierung, sondern die Volksvertreter hätten sich zusammensetzen müssen, um endlich zu einem wenigstens ersten Schritt vorwärts zu kommen.“ Es sei „ein Unglück für dieses Haus, dass in ihm die politische Mitte noch nicht so stark ist, dass sie den Austausch erzwingen kann!“ Weiter wird festgestellt, dass eine fruchtbarere Diskussion zustande gekommen wäre, wären die Parteien bereit gewesen, aufeinander zuzugehen, anstatt sich voneinander abzugrenzen.

Als einen Advokatenkniff bezeichnete der Kommentar die Tatsache, dass die CDU entgegen parlamentarischem Brauch die beiden Anträge erst einen Tag vor der Landtagssitzung den Fraktionen vorlegte, so dass eine sinnvolle Bearbeitung und Reaktion auf die Anträge nicht möglich war. Aus diesem Grund konnte keine vernünftige Debatte entstehen, und der Kommentator fuhr fort, indem er die Frage stellte, ob die CDU nicht gerade das beabsichtigt hätte, um den grundlegenden Neuaufbau der Wirtschaftsverfassung aufzuschieben. Zum Schluss weist der Verfasser des Kommentars im Zusammenhang mit der Ablehnung des von der SPD eingebrachten Antrages auf die Verbindung der Landtagswahlen mit einem Volksentscheid darauf hin, dass die Ergebnisse der Landtagswahlen die Weichen für die wirtschaftliche Neuordnung stellen: „Praktisch wird nun die Wahl selbst die kommende wirtschafts- und sozialpolitische Neugestaltung entscheiden und für die Entprivatisierung jener Schwerindustrie sorgen, wo die Profitgier alles überwucherte.“²⁰

Lediglich über den Sitzungsverlauf und die einzelnen Redebeiträge berichteten am 8. März 1947 die „Freie Presse“ unter der Überschrift „Die Sozialisierungsfragen vor dem Landesparlament“²¹ sowie das „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ mit der Schlagzeile

²⁰ „Statt Sozialisierung bloße ‚Neuordnung‘“, in: „Neuer Westfälischer Kurier“ vom 7. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

²¹ „Freie Presse“ vom 8. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 3.

„Sozialisierungsanträge abgelehnt. Die CDU und FDP als Beschützer des Monopolkapitals“²².

Die der FDP nahestehende „Westdeutsche Rundschau“ bringt ebenfalls am 8. März 1947 eine Zusammenfassung der Landtagsdebatte unter der Schlagzeile „Der Landtag für umfassende Neuordnung. Körperschaften der Selbstverwaltung geplant – keine Entscheidung ohne die Kriegsgefangenen“²³.

Im Kommentar derselben Ausgabe wird festgestellt, dass sich die Entwicklung in Deutschland zum sozialen Staat hin vollzieht. In der als geschichtlich bezeichneten Landtagsdebatte sei deutlich geworden, dass die sozialen Erfordernisse der neuen Zeit mit neuen Methoden verwirklicht werden müssen.

KPD und SPD seien in die Defensive gedrängt worden, da ihre Konzeptionen, die auf dem Klassenkampfgedanken beruhen, nicht mehr der realen gesellschaftlichen Lage entsprechen. Der Einschätzung der gesellschaftlichen Wirklichkeit als bis in die Grundmauern zerstört, folgte die Feststellung, durch den Klassenkampfgedanken des Kommunismus würden neue trennende Wände aufgebaut werden. „(Sie) können nicht sehen, dass im internationalen und im nationalen Leben alles auf den Zusammenschluss drängt.“ Im Gegensatz zur KPD habe die SPD erkannt, dass der historische Sozialismus, wie ihn der Verfasser des Kommentars nannte, überwunden sei. Sie lehne den Staatskapitalismus ab, bleibe aber beim „Sozialismus“ stehen, indem sie versuche, die Privatinitiative des Unternehmens in das neue Wirtschaftssystem zu übernehmen.

Ebenso wie die CDU stellt der Kommentator der FDP die Frage nach der inhaltlichen Ausgestaltung des Begriffes „Gemeinbesitz“: „Was aber ist dieser ‚Gemeinbesitz‘? Sind es die Parteien oder die Gewerkschaften, die hier zu bestimmen haben, also beides Organisationen, die sich der parlamentarischen Kontrolle entziehen?“ und suggeriert damit der Gesellschaft ein wirtschaftspolitisches Konzept der SPD, deren Gremien sich der Kontrolle durch das Volk entziehen. Er stellt weiter fest, dass der Privatunternehmer nicht existieren kann, wenn seine Arbeit der Kontrolle von „Massenorganisationen“ unterworfen sei.

Zudem sei in der SPD keine einheitliche Wirtschaftskonzeption vorhanden, da der Fraktionsvorsitzende Fritz Henssler über die Sozialisierung von Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie hinaus sich noch die anderer Industriezweige vorstellen könne: „Wir denken an die Grundstoffindustrie. Ich betone ausdrücklich, wenn sich unser Antrag jetzt nur auf Kohle, Eisen, Stahl und Schwerchemie bezieht, so ist das nicht das Ende (...), dass man zu

²² „Volks-Echo für Westfalen und Lippe“ vom 8. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

²³ „Westdeutsche Rundschau“ vom 8. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

der Auffassung kommt, dass bestimmte Produktionen in der Baustoffindustrie und andere Industrien absolut reif für die Sozialisierung sind.“²⁴

Hingegen habe Wirtschaftsminister Nölting das Feld der Sozialisierung in seiner Rede eingegrenzt, „dass kaum noch etwas davon übrigblieb“: „Unser Wunsch ist vielmehr eine partielle Sozialisierung, die von weitesten Kreisen des Volkes gewünscht und von hervorragenden Vertretern der national-ökonomischen Wissenschaft heute verlangt wird (...). Es geht ausschließlich um die Brechung der Vormacht des anonymen Kapitals, um jene Kulminationszentren wirtschaftlicher Macht, von denen die übrige Wirtschaft weitgehend abhängt, weil man hier die Hand an die Gurgel der Gesamtwirtschaft legen kann.“²⁵

Als Konsequenz, die bei dem wirtschaftlichen Neuaufbau befolgt werden soll, nannte der Kommentar die Erfordernis sozialen Denkens. Unter sozialem Denken wird ein auf die Förderung der Freiheit des Einzelnen gerichtetes Vorgehen in der Politik bezeichnet, wie es von dem Grundsatz der Wirtschaftsordnung der FDP ausgeht, und in dem Gesetz über die Selbstverwaltung des Bergbaus seinen Ausdruck fand.

Das Wirtschaftsprogramm der FDP, in dem die Einrichtung von paritätisch besetzten Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft vorgesehen war, stellte sich durch die Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern „jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, die beide einen Teil des Volkes einseitig benutzen“. Um am Vorabend der Moskauer Konferenz parteipolitische Geschlossenheit zu demonstrieren, so schließt der Kommentar, habe die FDP im Landtag für die von der CDU beantragte Übertragung der Entflechtung der Großindustrien in deutsche Hände und für die Feststellung der Besitzverhältnisse in den Grundindustrien gestimmt. Diese Forderungen waren dem liberalen Wirtschaftskonzept zufolge die Voraussetzung für eine Neuordnung der deutschen Wirtschaft.²⁶

Das der KPD nahestehende „Westdeutsche Volks-Echo“ berichtet in Bezug auf die Sozialisierungsdebatte am 4. März 1947 in der Ausgabe desselben Tages über einen Appell von mehr als 500 Bergbau—Gewerkschaftsfunktionären an den Landtag, die Grundindustrien zu sozialisieren.²⁷

Auf der Versammlung des Industrieverbandes Bergbau des Ruhrgebietes in Bochum am 1. März wurden die CDU und FDP für den „fast vollständigen Zusammenbruch der Wirtschaft nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in der ganzen britischen Zone“ verantwortlich gemacht.

²⁴ Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen vom 4. März 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 18.

²⁵ Stenografischer Bericht über die 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. März 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 25 f.

²⁶ „Westdeutsche Rundschau“ vom 8. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

²⁷ „Westdeutsches Volks-Echo“ vom 4. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

Die dem Landtag gewidmete EntschlieÙung besagt, dass die im Winter 1946/47 eingetretene Kohlenkrise u.a. auf Organisationsfehler der Bergbauleitung zurückzuführen sei. Für die lähmende Katastrophe der Wirtschaft werden FDP und CDU verantwortlich gemacht, da sie sich der rechtzeitigen Sozialisierung verschlossen haben. Da die Vertreter des Monopolkapitalismus noch in den Schlüsselstellungen sitzen, sei es notwendig, mit der längst spruchreifen Sozialisierung zu beginnen, „die dem Bergarbeiter ein volles Mitbestimmungsrecht über Kohlenprodukte und Absatz einschließlich der Kohlenwirtschaft eröffnet“. Zum Schluss dieses Artikels wird die Forderungen bekräftigend festgestellt, dass notfalls ein Volksentscheid über die Sozialisierung Klarheit schaffen müsse.

Am 7. März 1947 reagiert das „Westdeutsche Volks-Echo“ mit 3 Artikeln auf die Ablehnung der kommunistischen Anträge zur Sozialisierung. Unter der Schlagzeile „Volksentscheid vom Landtag abgelehnt“ erfolgt eine Zusammenfassung der Redebeiträge zur Landtagsdebatte.²⁸ Vor der Landtagsdebatte am 4. März wurde von dem Abgeordneten Renner (KPD) ein Antrag auf Zulassung von Betriebsratsdelegationen zur Landtagssitzung gestellt. Daraufhin entbrannte eine Diskussion um die Geschäftsordnung, in deren Verlauf sich auch ein SPD-Abgeordneter für die Forderung der Bergarbeiterdelegationen, vor dem Landtag erscheinen zu können und die Debatte mit anhören zu können, aussprach. Der Antrag des Abgeordneten Renner, die Geschäftsordnung umzuformulieren, wurde aber mit den Stimmen der SPD abgelehnt, so dass keine der Delegationen vor dem Landtag erscheinen konnte.²⁹

Im Artikel wird weiter berichtet, dass Abgeordnete von SPD und KPD sowie der Vizepräsident des Landtages Ernst Groß mit den Bergarbeiterdelegierten sprachen. In diesem Zusammenhang stellte der Redakteur fest, dass es einzig Dr. Adenauer vorzog, nicht vor den Delegierten zu reden. „In einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung brachten die Delegationen ihre Entrüstung über das Verhalten der Mehrheit des Landtages zum Ausdruck“ und gelobten, „dass sie mit ihren Belegschaften den Kampf für die Sozialisierung verstärkt weiterführen wollen“³⁰.

Der dritte Artikel, der Kommentar auf Seite 2, befasste sich mit den genauen Abstimmungsergebnissen für die einzelnen Anträge zur Sozialisierung.

Die Zustimmung von CDU- und FDP-Politikern in ihren Reden zur Sozialisierungspolitik habe es in der deutschen Geschichte schon einmal gegeben, als nach dem 1. Weltkrieg eine Wirtschaftsneuordnung durchgeführt werden sollte. Doch sei damals die Sozialisierung durch die eingesetzte Sozialisierungskommission verschleppt worden.

²⁸ „Westdeutsches Volks-Echo“ vom 7. März 1947, 2. Jahrgang 1947; siehe dazu auch Stenografischer Bericht der 5. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. März 1947, S. 5 f.

²⁹ Siehe dazu auch Stenografischer Bericht des Landtages Nordrhein-Westfalen am 4. März 1947, S. 8 f.

³⁰ „Westdeutsches Volks-Echo“ vom 7. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

Schon im Vorfeld des Wahlkampfes hält es der Kommentator für angebracht, festzustellen, dass die KPD der Sprecher von hunderttausenden von Menschen sei, indem sie den Gesetzentwurf zur Enteignung der Kohlengruben dem Landtag unterbreitete. Die in den Landtag eingebrachten Anträge stellte der Kommentator fest, „erbrachten eine ganz klare Feststellung, für oder gegen den Sozialismus, für oder gegen das Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaft, für oder gegen die Teilnahme des ganzen Volkes an der Wirtschaft.“

Den Antrag der CDU-Fraktion an die britische Militärregierung, die Demokratisierung der deutschen Wirtschaft dem deutschen Volk zu überlassen, bezeichnete der Kommentator als Demagogie, da die Anträge der KPD auf eine Teilnahme des deutschen Volkes an der Demokratisierung der deutschen Wirtschaft von der CDU abgelehnt wurden. Der Kommentar stellt weiter fest, dass der Antrag der KPD zur entschädigungslosen Übereignung der Gruben an das Volk mit den Stimmen der CDU, der FDP, der SPD und des Zentrums abgelehnt wurde, wobei sich ein Teil der SPD-Abgeordneten der Stimme enthielten, zumindest aber nicht gegen den Entwurf stimmten. Das Gleiche ergab sich bei der Abstimmung über den Antrag der KPD auf Durchführung eines Volksentscheides zur Übereignung der Kohlengruben an das Volk.

Der Kommentator führt weiter aus, dass der von der Berliner SPD übernommene Antrag zum SPD-Sozialisierungsantrag mit den Stimmen der SPD abgelehnt wurde, die nordrhein-westfälischen Genossen also gegen die Vorschläge ihrer Berliner Genossen gestimmt hätten. Weiter zählt der Kommentator sämtliche Anträge, die zur Abstimmung gestanden hatten, mit den Stimmerngebnissen auf. Abschließend stellt der Kommentator fest, der Landtag habe gegen den Volkswillen entschieden, indem die reaktionäre Mehrheit von CDU und FDP gegen die Anträge gestimmt habe. Die Grundbesitzer und Monopolherren seien dadurch vor der Enteignung gerettet worden. Sollte, so fügt der Kommentator seinen Ausführungen im Hinblick auf die Wahl hinzu, der Landtag in der gleichen Zusammensetzung wieder gewählt werden, dann habe eine wirtschaftliche Neuordnung keine Chance, durchgeführt zu werden.

Mit der Feststellung, dass der in hunderten Entschließungen und Probeabstimmungen bekundete Wille der Arbeiterschaft zur Sozialisierung in der KPD-Fraktion den einzigen und konsequenten Befürworter des Willens der Arbeiterschaft gefunden habe, und der Ermahnung, bei der Wahl am 20. April 1947 daran zu denken, schließt der Kommentar.³¹

³¹ „Westfälisches Volks-Echo“ vom 7. März 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.